ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Schmahl, Hans-Juergen

Article — Digitized Version

Bremse für die Inflationsschaukel

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Juergen (1971) : Bremse für die Inflationsschaukel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 5, pp. 228-229

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/134257

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

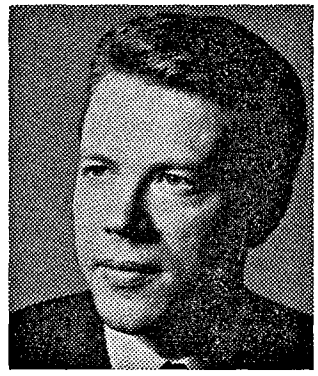
You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Hans-Jürgen Schmahl



Bremse für die Inflationsschaukel

In der Konjunkturpolitik sind die Würfel gefallen. Unter einigermaßen spektakulären Begleitumständen hat die Bundesregierung sich zu einem Paket von Maßnahmen durchgerungen, dessen wichtigster Bestandteil, die Freigabe des Wechselkurses, immer noch so unorthodox ist, daß er fast schon als sensationell empfunden wird. Im übrigen gleicht das Ganze einem chirurgischen Eingriff, zu dem man sich endlich entschließen mußte, weil sich alle Hoffnungen auf Besserung im Befinden des Patienten als trügerisch erwiesen haben. Freilich, um im Bild zu bleiben, ist der Patient – die Volkswirtschaft – inzwischen durch allzu lang dauerndes Fieber schon geschwächt. Was würden die „Chirurgen" heute darum geben, wenn sie den Eingriff viel früher gemacht hätten!

Aber müssen sie sich daraus einen Vorwurf machen lassen? Die meisten, die heute diesen Vorwurf erheben, tun das offensichtlich ohne nähere Kenntnis der Krankengeschichte. Man kann der Bundesregierung in Sachen Wirtschaftspolitik zweifellos viel vorwerfen. Sie hat sich im Verlauf der letzten 18 Monate eine Fülle von Führungsmängeln, Ungeschicklichkeiten und Unklarheiten geleistet, und auch die aktuelle „Operation Stabilität" ist wieder alles andere als eine taktische Meisterleistung. Nein, es geht um die Diagnosen, an denen sie ihre Politik – die dann oft mehr schlecht als recht praktiziert wurde – orientiert hat. Die Regierung ist, das muß man der Gerechtigkeit halber feststellen, auch ein Opfer unzulänglicher Diagnosen geworden. Sie hat jene Schwächen zu spüren bekommen, die für Erfahrungswissenschaften typisch sind, also auch für die Ökonomie.

Auf die Geschichte dieses fünften Konjunkturzyklus in der Nachkriegszeit angewandt, erklärt das viel vom Fehlverlauf der Dinge. Das gilt allerdings nicht für den Ausgangspunkt allen Übels, für die verhängnisvollen Fehlentscheidungen der Großen Koalition in Sachen Außenwirtschaftspolitik im Herbst 1968 (Ersatzaufwertung) und im Mai 1969 (Verweigerung der DM-Aufwertung). In diesen Fällen kann sich kein Politiker darauf herausreden, die Wissenschaft hätte ihn falsch beraten. Es geht jetzt um die Zeit nach der allzu späten Aufwertung vom Oktober 1969. Im Frühsommer 1970 setzte in der Produktion der konjunkturelle Abschwung ein, während die Preise weiter kräftig stiegen. Die Erfahrung, daß die Kosten- und Preisentwicklung immer mit Verzögerung der Konjunktur folgt, gab damals Anlaß zu zuversichtlichen Prognosen: Die Kosten und Preise würden sich schon von selbst beruhigen, wenn die Konjunkturdämpfung noch einige Zeit fortschreite. Nur von vereinzelten Beobachtern wurde vermutet, es könnte sich hier um eine neue Erscheinung, um einen von der Konjunktur emanzipierten Preisauftrieb handeln. Aber aus damaliger Sicht konnte das nicht mehr als eine Vermutung sein, wie sie übrigens schon Anfang der sechziger Jahre aufgetaucht und von der weiteren Entwicklung nicht bestätigt worden war.

Ganz klar wurde der Befund eigentlich erst in jüngster Zeit. Da nun immer noch ein unverminderter Preis- und Lohnauftrieb zu konstatieren war, konnte mit Verzögerungshypothesen nichts mehr erklärt werden. Löhne und Preise entwickeln sich heute offensichtlich losgelöst von der Konjunktur, sich gegenseitig aufschaukelnd und in der offenen Flanke der Außenwirtschaft jene zusätzliche Be-

dingung findend, die dieses unschöne Spiel in einer inflationären Umwelt fast unbegrenzt zuläßt. Es gibt keine Zweifel: Der Preis- und Kostenanstieg (wobei die Reihenfolge überhaupt nichts über Kausalitäten besagen soll) ist nicht nur stärker als je seit zwanzig Jahren, auch die Gefahr einer sich selbst verstärkenden Dynamik der Unstabilität war noch nie so groß. Es wäre unzutreffend, die Ursachen vor allem in der geradezu grotesken Unzulänglichkeit des internationalen Währungssystems suchen zu wollen. Die Dollarschwemme, die für alle Welt außer für die USA selbst ein höchst unangenehmes Problem ist (die Reaktion offizieller Stellen der USA ist in ihrer Gelassenheit schon fast zynisch zu nennen), war und ist nur eine begünstigende Rahmenbedingung. Im übrigen ist unser Preisauftrieb zu einem ganz erheblichen Anteil made in Germany.

Wenn jetzt nicht energische Schritte gegen diese Entwicklung getan worden wären, hätte die Gefahr bestanden, daß nicht wiedergutzumachender Schaden eingetreten wäre – nämlich das Umsichgreifen des Eindrucks, daß hierzulande das ökonomische Freistilringen nunmehr lizenziert sei. Wenn die Regierung jetzt, angesichts des ganz unverholenen Negierens jeder ökonomischen Vernunft durch die Sozialpartner (und viele Gruppen im einzelnen), nicht aktiv geworden wäre, so hätte das nicht nur ohne Zweifel den Abschied von bisher geltenden Vorstellungen über Geldwertstabilität bedeutet, sondern es hätte auch den weiteren Verfall der politischen Autorität zur Folge gehabt. Stabilitätspolitik ist heute mehr denn je auch eine Kraftprobe in der Auseinandersetzung mit Gruppeninteressen, die in ihrer Zügellosigkeit zur Gefahr für die Demokratie schlechthin werden können.

Hinter dem „Ob" tritt das „Wie" im Augenblick fast etwas zurück; aber der Erfolg wird natürlich entscheidend vom „Wie" abhängen. Zunächst muß betont werden, daß mit dem Abschnüren des Devisenzustroms allein herzlich wenig gewonnen wäre. Das ergibt sich aus der lediglich fördernden, aber nicht auslösenden Rolle, den dieser Zustrom spielt. Das Kernproblem ist die Eindämmung der inflatorischen Kräfte im Innern. Dazu aber ist es notwendig, den Stabilisierungsprozeß nach außen abzuschirmen. Das ist nicht mit der Verhinderung weiterer Devisenzuflüsse getan! Dazu bedarf es vielmehr der Neutralisierung der Einflüsse, die über den internationalen Preiszusammenhang auf das inländische Preisniveau ausgehen. Das ist in Permanenz notwendig, und das einzige Mittel ist eine – wie auch immer ausgestaltete – Flexibilität der Wechselkurse. (Zwar kann kein Zweifel darüber bestehen, daß flexible Kurse auf die Dauer nicht mit der EWG zu vereinbaren sind – jedenfalls nicht mit einer „echten" Wirtschaftsgemeinschaft. Doch für einige Zeit ist dieses Argument nicht sehr gewichtig.) Die voreilige Ankündigung z. B. des Bundesbankpräsidenten, man hoffe nach einiger Zeit zur alten Parität zurückzukehren, verheißt allerdings nichts Gutes. Sie ist einerseits nicht realistisch, andererseits aber stellt sie den Erfolg von vornherein in Frage, geht es doch gerade um die Beeinflussung der Erwartungen!

Wenn sich die Bundesregierung nunmehr entschlossen hat, auch binnenwirtschaftliche Restriktionsmaßnahmen (Dämpfung des Anstiegs der Staatsausgaben, Aufstockung der Konjunkturausgleichsrücklage) anzuwenden, so geht sie damit über die Vorschläge hinaus, die die Forschungsinstitute in ihrer Gemeinschaftsdiagnose gemacht haben. Die Institute haben die Gefahr eines „Überbremsens" der bereits labil gewordenen Konjunktur mit größtmöglicher Sicherheit vermeiden wollen. Wenn die Regierung dieses Risiko angesichts des erreichten Grades von Unstabilität vergleichsweise niedrig bewertet, so ist das ein beachtliches Indiz für ihre Entschlossenheit, der Gefahr einer inflatorischen Eigendynamik entgegenzutreten. Das Deutlichwerden dieser Entschlossenheit ist eine sehr wichtige Voraussetzung für das Gelingen des Vorhabens. Viel hängt jetzt aber auch vom Verhalten der Sozialpartner ab. Doch es wäre mit Sicherheit falsch, rasch sichtbare Ergebnisse in den Preisindexziffern zu erwarten. Sie werden vielmehr noch einige Zeit das widerspiegeln, was sich in der Vergangenheit aufgestaut hat. Es hängt auch von Dauer und tatsächlicher Dosis der einzelnen Maßnahmen ab, welcher Erfolg schließlich erreicht werden wird. Doch der entscheidende Schritt ist getan. Er ist eine Absage an diejenigen, die die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Bedeutung der – ohnehin relativierten – Preisstabilität verkennen.